

Anlass für die umfassenden Freundschaftsbekundungen war der um die Jahreswende fällige 15. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu allen fünf zentralasiatischen Staaten, der in Beijing am 8. Januar mit allen Botschaftern der fünf zentralasiatischen Staaten gefeiert wurde. (XNA, 14., 20., 21.12.06, 08., 16.01.07; *Interfax-Kazakhstsan*, 04.01.07, nach BBC PF, 04.01.07; Xinhua, 12., 15., 20.01.07, nach BBC PF, 12., 15., 20.01.07; *Tajik Television first channel*, 18.01.07, nach BBC PF, 18.01.07; *Kyrgyz Television 1*, 05.01.07, nach BBC PF, 05.01.07) (Eva Knoll)

Innenpolitik

Katrin Willmann

Soziale Stabilität im Blickpunkt der KPCh

Im Berichtszeitraum Dezember 2006 bis Februar 2007 verdeutlichten mehrere offizielle Dokumente und Äußerungen hochrangiger Mitglieder der chinesischen Regierung, dass den zunehmenden gesellschaftlichen Protesten als Gefahrenpotenzial für die soziale Stabilität im Land und die Regierungsfähigkeit der Partei immer größere Bedeutung beigemessen wird. Zudem scheint von staatlicher Seite eine Einmischung vom Ausland konstatiert zu werden.

Anfang Dezember 2006 veröffentlichte die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua Erläuterungen zu den jüngsten Beschlüssen des ZK. Darin heißt es, dass sich immer wieder so genannte Massenvorfälle ereigneten, die immer mehr gesellschaftliche

Aspekte berührten. In einigen Fällen habe eine Politisierung ökonomischer Probleme stattgefunden. Zudem sei der Grad der Gewalt und Konfrontation gestiegen. Fahrlässigkeit würde zu Blutvergießen führen. Feindliche Mächte und Elemente im Inland und Ausland würden Einmischungsversuche unternehmen und darum bemüht sein, Nutzen aus den Massenvorfällen zu ziehen und die Menschen zu Chaos anzustiften.

Als Unsicherheitsfaktoren, die die soziale Stabilität beeinflussen würden, führte das Dokument erneut die besondere historische Stufe der wirtschaftlichen Umstrukturierung, der sozialen Transformation und der beschleunigten Industrialisierung und Urbanisierung an. Diese Umstände würden die wirtschaftliche Grundlage und soziale Struktur sowie die Interessenstrukturen dramatisch verändern. Verbunden mit dieser Bestandsaufnahme und der Analyse der Einflussfaktoren wurde in den vorgelegten Erläuterungen der Blick auf die Amtspflichten der Regierungen und Parteikomitees aller Verwaltungsebenen gerichtet. In einem Appell an diese heißt es, dass nichts, was mit den Interessen des Volkes in Zusammenhang stehe, unwichtig sei und die Bearbeitung ihrer Belange von äußerster Dringlichkeit sei. Ihnen käme die Aufgabe zu, die Akteure und Hintergründe von lokalen gesellschaftlichen Protesten einerseits zu analysieren und andererseits Vorfälle umgehend zu bearbeiten und eine weitere Verbreitung zu verhindern. Auf eine Präventivmaßnahme setzt die Regierung dabei besonders: die Erziehung der Massen und Propaganda.

Damit wird deutlich, dass die parteistatliche Führung unter Hu Jintao und

Wen Jiabao an der Doppelstrategie einer aktiven Lösung von Problemen vor dem Ausbrechen von Protesten bei gleichzeitiger Eindämmung von akuten Protesten festhalten wird.

Auf ein verschärftes Vorgehen gegen lokale gesellschaftliche Proteste im Vorfeld des im Herbst 2007 stattfindenden XVII. Parteitags der KPCh deuten die Aussagen Luo Gans, Mitglied des Politbüros, von Mitte Januar 2007. Während einer Inspektionsreise in der nordostchinesischen Provinz Shandong rief Luo die öffentlichen Sicherheitskräfte dazu auf, die soziale Ordnung und Stabilität unbedingt zu wahren. Außerdem setze er ebenso auf die präventive Lösung von Konflikten und die Bearbeitung öffentlicher Beschwerden durch die chinesische Justiz. Auch Luo beschuldigte dezidiert inländische und ausländische Kräfte, die Proteste zu forcieren.

Auf die zentrale Rolle der ländlichen Bevölkerung bei den gesellschaftlichen Protesten ging ein weiteres Dokument ein, das zwar bereits im November 2006 verfasst worden war, jedoch erst Ende Dezember 2006 auf der Website des Parteiorgans *Renmin Ribao* (*Volkszeitung*) der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. Das Dokument beschäftigt sich ebenfalls ausführlich mit der erfolgreichen Bearbeitung der Auslösefaktoren für Proteste der ländlichen Bevölkerung durch staatliche und lokale Behörden und gleichzeitig mit den Aufgaben der Sicherheitskräfte.

Gemäß einer Umfrage der Parteschule glauben die an der Parteschule befragten chinesischen Funktionäre, dass öffentliche Sicherheit das größte soziale Problem darstellt. Erst an zweiter Stelle rangiere die Ein-

kommensdisparität. Die Gesamtsituation schätzten die Befragten jedoch zu 73,3% als sehr gut oder ziemlich gut ein; im Jahr 2005 lag die Prozentzahl mit 79% noch etwas höher.

Offenbar als Signal, dass der parteipolitische Fokus auf die Probleme der ländlichen Bevölkerung gemäß der Formel des „harmonischen sozialistischen ländlichen Raums“ erste Früchte trägt, meldete die chinesische englischsprachige Zeitung *China Daily* Ende Januar 2007, dass die Zahl der „ländlichen Proteste mit Massenbeteiligung“, so der offizielle Wortlaut, im Jahr 2006 deutlich gesunken sei. Chen Xiwen, Leiter der Führungsgruppe für ländliche Arbeit, schätzt den Rückgang dieser Proteste auf insgesamt 20% ein. Diese Bewertung scheint angesichts der immer wieder gemeldeten wachsenden Zahl von lokalen gesellschaftlichen Protesten fragwürdig. Zumal immer wieder die offiziellen Zahlen von 87.000 im Jahr 2005 und 74.000 im Jahr 2004 zitiert werden. Nähere Erläuterungen liegen nicht vor. (Xinhua, 8.12.06, nach BBC PF, 11.12.06; XNA, 18.12.06, 16.1.07; SCMP, 9.12.06, 9.1.07; ST, 9.12.06; CD, 31.1.07)

Fortsetzung der Neubesetzungen von Führungspositionen auf Lokal-, Regierungs- und Parteiebene

Im Vorfeld des XVII. Parteitags der KPCh im Herbst 2007 werden seit Monaten zahlreiche Ämter auf Lokal-, Regierungs- und Parteiebene neu besetzt, so auch im Berichtszeitraum Dezember 2006 bis Februar 2007.

Seit März 2006 vollzieht sich der

Personalwechsel bei zahlreichen lokalen Führungspositionen auf Provinzebene (vgl. C.a., 3/2006:115-116; 4/2006:113-114). Wie die Organisationsabteilung des ZK mitteilte, waren bis Ende 2006 die Parteikomitees in 14 Provinzen und Autonomen Regionen betroffen. Bis Mitte 2007 sollen die Umbesetzungen in 17 Parteikomitees der Provinzen und Autonomen Regionen beendet sein.

Mit der Neubesetzung der Parteiämter auf lokaler Ebene ist eine Reduzierung der Zahl der stellvertretenden Parteisekretäre der Provinzkomitees verknüpft. Bislang sollen fast 40 Positionen vakant gehalten worden sein. Die Hongkonger Zeitung *Ta Kung Pao* benannte drei Alternativen für die Personalreduzierung in den Parteikomitees. Erstens würden einige Mitarbeiter nun den Abteilungen des ZK der KPCh oder den Ministerien und Kommissionen unterhalb des Staatsrats zugeordnet werden. Zweitens hätten einige Betroffene zu den Provinzkomitees der Politischen Konsultativkonferenz oder den lokalen Volkskongressen gewechselt. Ein dritter Weg dieser scheinbaren Personaleinsparung sei die Ernennung zum Sekretär der lokalen Disziplinarkontrollkommissionen.

Für eine Überraschung sorgte die Wiedereinsetzung des früheren Direktors der staatlichen Umweltschutzbehörde SEPA (State Environmental Protection Administration), Xie Zhenhua. Xie war nach dem Umweltskandal in der Provinz Jilin im November 2005 zurückgetreten und hatte die politische Verantwortung für die Umweltkatastrophe übernommen (vgl. C.a., 1/2006:57-65). Ein gutes Jahr später bekleidet er seit Januar 2007 nun das Amt

des stellvertretenden Direktors der Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission (NDRC), Chinas einflussreichem Gremium für strategische Wirtschaftsplanung. Da die Kommission direkt dem Staatsrat unterstellt ist, kommt diesem Posten der Rang eines stellvertretenden Ministers gleich. Dort wird Xie Medienberichten zufolge mit Bezug auf seine frühere Tätigkeit für die langfristige Politik und die strategische Planung für die Erhaltung der Energieresourcen und den Umweltschutz zuständig sein.

Eine wichtige Umbesetzung ist auch die des früheren stellvertretenden Parteisekretärs der Autonomen Region Tibet, des 43-jährigen Hu Chunhuas. Im Dezember 2006 wurde er zum ersten Sekretär des ZK des einflussreichen Kommunistischen Jugendverbands ernannt. Die Parallelen zu Parteichef Hu Jintaos Werdegang sind deutlich erkennbar. Hu Chunhua hatte mit Staatspräsident Hu Jintao während dessen Zeit als Parteisekretär Tibets von 1988 bis 1992 eng zusammengearbeitet und auch Hu Jintao war von 1982 bis 1985 im Sekretariat des ZK des Kommunistischen Jugendverbandes beschäftigt. Die weitere politische Zukunft Hu Chunhuas dürfte daher viel versprechend sein.

Hongkonger Medien analysierten die Neubesetzungen dahingehend, dass eine deutliche Verjüngung in der letzten Zeit stattgefunden habe. Ferner hätten alle bislang bekannten neuen lokalen Führungspersonlichkeiten einen hohen Bildungsgrad und verfügten über Bachelor-Master- oder Promotionsabschlüsse. Auf Regierungsebene seien zudem einige Positionen mit Fachkräften mit entsprechender Ausbildung be-

setzt worden. Ein prominentes Beispiel hierfür ist die Ernennung des 43-jährigen Sun Zhengcai, eines promovierten Agrarwissenschaftlers, zum Agrarminister Ende Dezember 2006. Ein weiteres Merkmal zahlreicher Funktionäre sei ihre mehr oder weniger starke Verbindung zum Kommunistischen Jugendverband, der Machtbasis von Staats- und Parteichef Hu Jintao. (*Wen Wei Po* website, 20.12.06, nach BBC PF, 26.12.06; XNA, 29.12.06, 6.1.07; SCMP, 7.12.06; DGB website, 1.1.07, nach BBC PF, 4.1.07; ST, 7.12.06, 8.1.07; ZTS, 10.1.07, nach BBC PF, 11.1.07; WSJ, 6.1.07; MB website, 7.12.06 nach BBC PF, 28.12.06; ZXS, 6.12.06, nach BBC PF, 8.12.06)

Bemühen der Regierung um mehr Transparenz

Ein Jahr, nachdem die Regierung ein neues Internetinformationssystem aufgelegt hat (vgl. C.a., 1/2006:114-115), gab die Zentralregierung im Dezember 2006 weitere Maßnahmen für größere Regierungstransparenz bekannt.

Im Jahr 2007 sollen außer dem Bildungsministerium, dem Gesundheitsministerium und dem Ministerium für Öffentliche Sicherheit vier oder fünf weitere Ministerien und Staatsorgane auf Ministerialebene regelmäßig Pressekonferenzen abhalten. Dazu zählen die Staatliche Entwicklungs- und Reformkommission und das Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherung.

Auf Parteiebene wird ebenfalls für größere Transparenz geworben. So wurde eine Liste mit den Sprechern von sieben Abteilungen des ZK der KPCh und deren Telefonnummern veröffentlicht, um die Öff-

fentlichkeit zu Interview- und Pressekonferenzenanfragen zu ermutigen. Dabei handelt es sich um die Disziplinarkontrollkommission, die Organisationsabteilung, die Einheitsfrontabteilung, die Abteilung für Internationale Zusammenarbeit, das Taiwanbüro sowie die Forschungszentren für Parteiliteratur und -geschichte. Ferner soll der interessierten Öffentlichkeit Zugang zu einem Archiv für offizielle Dokumente gewährt werden. (XNA, 19., 28.12.06, 1.1.07)

Internet als Instrument der Propaganda und der Soft-Power

Staats- und Parteipräsident Hu Jintao wiederholte Ende Januar 2007 seine restriktive Haltung zum Medium Internet. Während einer kollektiven Studiensitzung des Politbüros des ZK am 23. Januar bekräftigte er staatlichen Medien zufolge die wichtige Propagandarolle des Internets.

Hierbei wurde vor allem klar, dass es nicht nur um parteiideologische Propaganda im Inland geht, sondern auch um die Vermittlung kultureller Werte für das Ausland. So diene das Internet der „Verbesserung der ideologischen, moralischen, wissenschaftlichen und kulturellen Standards“ (Xinhua, 24.1.07, nach BBC PF, 25.1.07). Wörtlich sprach Hu von einer „Online-Kultur“, die es zu etablieren und zu koordinieren gelte. So könne der Einfluss der sozialistischen geistigen Kultur und der Diffusionseffekt verstärkt werden. Dezidiert soll der Staats- und Parteichef vom Internet als ein Instrument zur Steigerung der Soft-Power des Landes gesprochen haben.

Bei den Anforderungen an den künftigen Aufbau der Online-Kultur sprach Hu

ebenfalls von der Notwendigkeit, die kulturellen Produkte und Dienstleistungen im Internet anzubieten und die chinesische Kultur zur Quelle der Online-Kultur zu machen. Hinsichtlich der ideologischen Erziehung und der Beeinflussung der öffentlichen Meinung gab die Parteiführung wiederum den Hinweis, dass die Bemühungen um ein Sauberhalten des Internets verstärkt werden sollten. Führende Kader auf allen Verwaltungsebenen sind dazu aufgerufen, Internetkenntnisse zu erwerben.

Wie groß das erreichbare Internetpublikum in China ist, zeigen neuesten Zahlen des Chinesischen Internetnetzwerk Informationszentrums (CNNIC). Bis Ende 2006 stieg demnach die Nutzerzahl auf 137 Mio., eine Steigerung um fast 25% im Vergleich zum Jahr 2005. (Xinhua, 24.1.07, nach BBC PF, 25.1.07; FT, 26.1.07; WSJ, 24.1.07; XNA, 24.1.07)

Tod des Parteiveterans Bo Yibo

Einer der letzten noch lebenden Zeugen des revolutionären Kampfes der KPCh vor 1949, der Parteiveteran Bo Yibo, verstarb am 15. Januar 2007 mit Alter von 98 Jahren in einem Beijinger Krankenhaus.

Bo Yibo, dessen Geburtsname Bo Shucun war, war mit 17 Jahren in die gerade neu gegründete KPCh eingetreten. Er bekleidete u.a. das Amt des ersten Finanzministers nach Gründung der Volksrepublik 1949, des Vizepremiers und Vorsitzenden der Staatlichen Kommission für Wirtschaft und Handel unter Ministerpräsident Zhou Enlai und nach der Machtübernahme Deng Xiaopings 1979. Außerdem war er Mitglied des 7., 8. und 11. Zentralkomitees der KPCh und seit 1984 Ehrenvorsitzen-

der des Chinesischen Rates zur Förderung des Internationalen Handels.

Während des Bürgerkriegs in den Jahren von 1925 und 1949 kämpfte Bo gegen die Guomindang und die japanischen Besatzer. Bis Mitte der 1960er Jahre übte er großen Einfluss auf wirtschaftspolitische Entscheidungen aus. Als Rechtsabweichler gebrandmarkt verbrachte Bo Yibo während der Kulturrevolution (1966-1976) mehrere Jahre im Gefängnis.

Nach seiner Rehabilitierung bekam Bo unter Deng Xiaoping wieder größeren Einfluss auf politische Entscheidungen. Als Parteirevolutionär übte er diesen Einfluss auch noch nach seiner Pensionierung 1992 aus. Bo gehörte der informellen Gruppe der so genannten „Acht Unsterblichen“ an, die am Langen Marsch teilgenommen haben, während der Kulturrevolution unter Maos Herrschaft zwar geächtet waren, unter Deng Xiaoping seit 1978 allerdings wieder politische Macht ausüben konnten. Alle acht unterstützten in unterschiedlichem Maße die Reform und Öffnungspolitik. Die sieben anderen Mitglieder sind bereits verstorben. Abgesehen von Bo Yibo zählten zu den „Acht Unsterblichen“ Deng Xiaoping, Li Xiannian, Peng Zhen, Chen Yun, Yang Shankun, Song Renqiong und Wang Zhen.

Bo galt als Hardliner der politischen Linken und war bekannt dafür, wenig für politische Liberalisierung übrig zu haben. In seinen zweibändigen Memoiren schrieb Bo über die Politikentscheidungen in der KPCh während einiger historischer Ereignisse.

Sein Sohn Bo Xilai, seit 2004 Handelsminister, zählt zu den prominentesten

Vertretern der politischen Elitegruppe der „Prinzen“, wie die Familienmitglieder verdienstvoller kommunistischer Veteranen mit umfassenden Netzwerken bezeichnet werden. Bo Xilai werden Chancen auf einen Posten im Politbüro zugerechnet, über dessen Neubesetzung während des XVII. Parteitag der KPCh im Herbst 2007 entschieden werden dürfte. (XNA, 16.1.07; ST, 17.1.07; IHT, 17.1.07; FT, 17.1.07; SCMP, 17.1.07)

Verstärkte Überwachung der lokalen Behörden im Antikorruptionskampf

Die Zahl der neu aufgedeckten Korruptionsfälle und verurteilten Delikte nimmt stetig zu. Gleichzeitig übt die Zentralregierung immer größeren Druck auf die lokalen Behörden aus, denen ein großer Teil der Verantwortung für diese Misere zugesprochen wird.

Zu den jüngsten prominentesten und hochrangigsten Fällen gehört der Direktor des Nationalen Statistikamtes, Qiu Xiaohua, der bereits im Oktober 2006 unter Verdacht geraten war, in den Shanghaier Korruptionsskandal involviert zu sein (vgl. C.a., 6/2006:118-119). Nach der Entlassung aus allen weiteren Ämtern folgte im Januar 2007 sein Ausschluss aus der KPCh wegen Bestechlichkeit. Dies dürfte das endgültige Aus für eine weitere politische Karriere bedeuten. Nähere Angaben über die ihm zur Last gelegten Vorwürfe gibt es bisher nicht.

Liu Zihua, Vizebürgermeister Beijings, der im Juni 2006 wegen Bestechlichkeit entlassen worden war, sieht sich mit den gleichen Konsequenzen konfrontiert (vgl.

C.a., 4/2006:114-115). Liu wurde aus der KPCh ausgeschlossen. Die Verantwortung für die Bau- und Infrastrukturprojekte für die Olympiade 2008 wurde im Dezember 2006 Xu Bo, einem Mitarbeiter des Bauministeriums, übertragen.

Der Parteichef der Provinzhauptstadt Shandongs, Qingdao, und stellvertretende Provinzpartei sekretär, Du Shicheng, wurde Ende Dezember 2006 wegen Immobilienspekulationen aus seinen Ämtern entlassen. Weitere Korruptionsfälle wurden u.a. im Gerichtswesen der Stadt Tianjin und in der Provinz Sichuan sowie bei den lokalen Behörden für Arbeit und Soziale Sicherung der Provinzen Jiangxi, Liaoning und Zhejiang aufgedeckt.

Im Rahmen des zentralstaatlichen Antikorruptionskampfes ist die Regierung darum bemüht, ihre Durchsetzungsfähigkeit gegenüber den lokalen Behörden unter Beweis zu stellen. So wurden in den regierungsunmittelbaren Städten Beijing, Shanghai und Tianjin die Leiter der Disziplinarkontrollkommissionen mit Abgesandten von der Zentrale neu besetzt. In diesen Städten waren in den vergangenen Monaten Bestechungsfälle auf höchster Ebene aufgedeckt worden (vgl. C.a., 6/2006:118-119; 5/2006:103-106; 4/2006:114-115). (ST, 28.11.06, 25.1.07; SCMP, 4., 5., 8., 13., 16.12.06; 24., 26.1.07; WSJ, 6.12.06; XNA, 10., 16.12.06; MB website, 25.12.06, nach BBC PF, 27.12.06)

Prekäre Lage für inländische Journalisten, Lockerung für ausländische

Nicht nur im Ausland, sondern auch im Inland, und dort auf höchster Ebene, sorgte

der Tod des 35-jährigen Journalisten Lan Chengzhen im Januar 2007 für Diskussionen. Die Hintergründe seines Todes lassen sich anhand der vorliegenden Berichte nur schwer rekonstruieren.

Demnach verstarb der Angestellte der Beijinger *China Trade News* am 10. Januar 2007, einen Tag, nachdem er von Unbekannten erschlagen worden war. Sein begleitender Kollege, Chang Hanwen, wurde bei dem Überfall ebenfalls verletzt. Lan soll sich in der Nähe der Stadt Datong in der zentralchinesischen Provinz Shanxi, dem Zentrum der Kohleindustrie, um Interviews über eine illegal betriebene Kohlemine bemüht haben. Die Pressestelle der zuständigen Bezirksbehörde bestreitet diesen beruflichen Hintergrund und spricht stattdessen von einem Erpresser, der Beweismaterial sammeln wollte, um von illegalen Minenbetreibern Schutzgeld eintreiben zu können. Ähnliche Korruptionswürfe wurden auch von der zuständigen Polizei laut.

Staats- und Parteichef Hu Jintao schaltete sich zwei Wochen nach dem Unglücksfall schließlich persönlich in die Diskussionen ein und forderte eine schnelle, lückenlose Aufklärung. Weitere veröffentlichte Ermittlungsergebnisse sind, dass der Journalist Lan mit dem Minenbetreiber Hou Zhenrun verabredet war. Diesem wird nun vorgeworfen, den Totschlag des Journalisten organisiert zu haben.

Der Arbeitgeber *China Trade News* gab in einer Stellungnahme bekannt, dass beide Personen den Status von Angestellten, nicht aber von Reportern gehabt hätten. Lan hätte sich noch in der Probezeit befunden. Dies legt die Vermutung nahe,

dass Lan und Chang keine Akkreditierung durch einen Presseausweis des Staatlichen Verwaltungsamtes für Presse und Publikationen vorweisen konnten und deshalb unter Legitimationsdruck standen. Über ein solches Dokument sollen nur 30 bis 40% der Journalisten verfügen.

Der Publizist Li Datong kritisierte indes, dass eine Entsendung von Journalisten zur Berichterstattung über illegale Kohleminen aufgrund der Brisanz des Themas unverantwortlich sei. Li war bis Januar 2006 Chefredakteur der liberalen Wochenzeitung *Bingdian (Gefrierpunkt)* (vgl. C.a., 2/2006:106-110).

Auf dieser Grundlage diskutierten Medienvertreter und -experten einerseits über die Gefahren für Journalisten, die investigativen Journalismus betreiben, und andererseits über die Korruptierbarkeit chinesischer Journalisten. Erpressung durch Medienvertreter soll auch nach Einschätzung von Beobachtern wie der Organisation Reporter ohne Grenzen ein weit verbreitetes Phänomen in China sein – besonders bei der Berichterstattung über Minenunfälle.

Unabhängig davon, ob der Journalist Lan Chengzhen wegen des Versuchs der Bestechung oder aufgrund seiner Recherchen zu Tode gekommen ist, zeigt dieser Vorfall das Dilemma, in dem die chinesische Presse steckt. Zwar findet investigativer Journalismus in diesem Themenbereich staatliche Unterstützung, um bei der Schließung illegaler Minen behilflich zu sein. Allerdings gibt es anscheinend deutliche Sicherheitslücken für die Betroffenen. Auch legt dieser Fall bzw. die diesbezügliche Berichterstattung das Problem der Korruptierbarkeit

von chinesischen Journalisten dar.

Für ausländische Journalisten haben sich die Arbeitsbedingungen aufgrund neuer Regelungen seit dem 1. Januar 2007 hingegen verbessert. Offenbar als Antwort auf die zunehmende Kritik an den Restriktionen für ausländische Berichtersteller in China hat sich die Regierung nun für eine Lockerung der bisherigen Bestimmungen entschieden.

Mit einer zeitlichen Befristung bis zum Ende der Olympischen Spiele am 17. Oktober 2008 sind ausländische Journalisten nun berechtigt, ohne vorherige örtliche Genehmigung außerhalb ihres ständigen Arbeitsortes, üblicherweise sind das Beijing und Shanghai, frei im Land zu Recherchezwecken zu reisen. Es ist lediglich die Zustimmung des Interviewpartners einzuholen. Ausländische Journalisten, die sich nur temporär in China aufhalten möchten, benötigen ferner keine Einladung von chinesischen Institutionen mehr und chinesische Assistenten sind nun leichter zu beschäftigen. Die bislang rechtsgültigen Bestimmungen zur Überwachung ausländischer Journalisten und Einwohner von 1990 haben weiterhin Gültigkeit, werden jedoch durch die neuen ergänzt.

Wie das Außenministerium bei der Bekanntgabe der neuen Regularien betonte, würde diese nicht nur für die Olympia-Berichterstattung an sich gelten, sondern auch für weit gefasste Themen. (WSJ, 17.1., 20., 24.1.07; taz, 18.1.07; SCMP, 2., 29.12.06, 25.1.07; XNA, 28.12.06, 1.1.07; FAZ, 2.12.06; IHT, 2.-3.12.06)

Tote bei Razzia in Xinjiang

Anfang Januar 2007 töteten chinesische

Sicherheitskräfte 18 vermeintliche Terroristen in der westchinesischen Autonomen Region Xinjiang. 17 weitere Verdächtige wurden verhaftet. Die Personen sollen sich in einem Ausbildungslager für uigurische Terroristen aufgehalten haben, das in der Nähe der Grenze zu Pakistan und Afghanistan lag, so der Vorwurf von zentralstaatlicher Seite.

Chinesischen Medienberichten zufolge soll es sich dabei um ein Lager der von der UN als terroristische Vereinigung eingestuftes Islamischen Bewegung Ostturkestan gehandelt haben, die für ein unabhängiges Ostturkestan kämpft. Nach Ansicht chinesischer Behörden ist diese Bewegung für zahlreiche terroristische Anschläge verantwortlich und unterhält Verbindungen zu Al Qaida. Bei der Razzia sollen Granaten und Sprengstoff sichergestellt worden sein.

Eine Verifizierung dieser Berichte ist aufgrund mangelnder unabhängiger Berichterstattung kaum möglich. Exil-Uiguren, wie die Mitarbeiter des Ostturkestan-Informationszentrums in München, zweifelten die chinesische Darstellung an. Die Dachorganisation der nach Unabhängigkeit strebenden Uiguren, der World Uyghur Congress (WUC), schloss eine Beteiligung indes aus und distanzierte sich erneut von jeglicher Gewalt.

Wiederholt kritisierten chinesische Politiker im Januar die Nominierung der Uigurin Rabiya Kadeer für den Friedensnobelpreis 2006. Ihr wird ebenfalls vorgeworfen, Mitglied der „terroristischen“ Islamischen Bewegung Ostturkestan zu sein. Die uigurische Geschäftsfrau hatte wegen Gefährdung der nationalen Sicherheit sechs Jahre in Haft verbracht und lebt seit ihrer Entlas-

sung im Mai 2005 in den USA (vgl. C.a., 2/2005:Dok20). Immer wieder kritisiert Frau Kadeer die repressive Ethnienpolitik der VR China und tritt für die Unabhängigkeit der Autonomen Region Xinjiang ein. Nach dem Dalai Lama wäre Frau Kadeer die zweite prominente Vertreterin einer nach Unabhängigkeit strebenden Ethnie in der VR China, die gegen den Willen der chinesischen Regierung mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet würde. (FAZ, 10.1.07; WSJ, 9.1.07; DGB, 10.1.07, nach BBC PF, 13.1.07; WSJ, 12.9.06; CD, 8.1.07)

Bildung und Wissenschaft

Katrin Willmann

Satellitenabschuss als Beginn eines Wettrüstens im All?

Wie internationale Medien Mitte Januar 2007 berichteten, zerstörte das chinesische Militär am 11. Januar durch Raketenabschuss vom Boden aus erstmals einen inzwischen funktionsunfähigen Wettersatelliten, der 800 km über der Erde im Weltraum positioniert war. Dabei handelt es sich um den Feng-Yun-1-C-Satelliten, der im Jahr 1999 ins All geschossen worden war. Den letzten bekannten gezielten Abschuss eines Satelliten von der Erde aus führten die USA im Jahr 1985 durch. Das einzige weitere Land, von dem derartige Maßnahmen bekannt sind, ist die Sowjetunion.

Ausländische Beobachter, insbesondere aus Japan, Taiwan, den USA und Australien, veranlasste der Satellitenabschuss

zu heftiger Kritik. Sie hinterfragten die Friedlichkeit des chinesischen Weltraumprogramms, wie sie im letzten Weißbuch zu Raumfahrtaktivitäten vom Oktober 2006 konstatiert wurde (vgl. C.a., 6/2006:123-124). Stattdessen stellten diese den potenziellen Beginn eines Weltraumaufrüstens in den Raum. Vor allem der Umstand, dass die chinesische Seite den Abschuss ohne Vorankündigung durchführte und ihn erst zwölf Tage später offiziell bestätigte, führte zu dieser Beurteilung. Weiterhin wurde kritisiert, dass die entstandenen Trümmerstücke Satelliten oder weitere Raumfahrzeuge anderer Länder gefährden würden.

Sicherlich macht der Satellitenabschuss deutlich, dass das chinesische Weltraumprogramm immer größere z.T. ungeahnte Fortschritte macht. Nachdem China im Jahr 2003 zur dritten Nation geworden war, die in der Lage ist, bemannte Raumflüge durchzuführen, ist das Land nun auch in die Riege derjenigen drei Staaten aufgestiegen, die das Potenzial haben, mit Raketen Satelliten zu zerstören. Der Vorwurf des Wettrüstens scheint deshalb nur bedingt nachvollziehbar zu sein, da sich China zusammen mit Russland bereits im Jahr 2002 um einen internationalen Vertrag gegen ein Weltraumaufrüsten bemüht hatte. Diesen Vorschlag hatte der US-amerikanische Präsident George W. Bush jedoch abgelehnt. Immer wieder betonen die USA, das Recht auf jedwede Weltraumaktivitäten zu haben. Von demselben Recht machte nun auch die VR China Gebrauch. (*The Economist*, 27.1.07; www.abcnews.go.com, 24.1.07; ST, 22.1.07; www.washingtonpost.com, 19.1.07; Kyodo News Service, 23.1.07, nach BBC PF, 24.1.07)